

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

08. Ausgabe / 23. Jahrgang

Für Halle

30. April 2013

## DIE LINKE.

DIE LINKE • Parteivorsitzende • Kleine Alexanderstraße 28 • 10178 Berlin

An die Zusammenschlüsse und Gliederungen der Partei DIE LINKE sowie den Jugendverband Linksjugend [ `solid]

Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder der LINKEN sowie interessierte Bündnispartner und Bündnispartnerinnen

Katja Kipping, MdB  
Bernd Riexinger  
Matthias Höhn

Karl-Liebknecht-Haus  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin

Telefon: 030 / 24 009 – 530  
Telefax: 030 / 24 009 - 631

[katja.kipping@die-linke.de](mailto:katja.kipping@die-linke.de)  
[bernd.riexinger@die-linke.de](mailto:bernd.riexinger@die-linke.de)  
[matthias.hoehn@die-linke.de](mailto:matthias.hoehn@die-linke.de)  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

Berlin, den 18.04.2013

### „100 Prozent sozial“ – Entwurf für das LINKE Bundestagswahlprogramm

Liebe Genossinnen und Genossen,  
Liebe Freundinnen und Freunde,

einmütig, ohne Gegenstimmen und mit nur fünf Enthaltungen hat der Parteivorstand den Entwurf für das Bundestagswahlprogramm „100 Prozent sozial“ als Leitantrag an den Dresdner Parteitag beschlossen. Zahlreiche Hinweise aus vielen hundert Online-Beiträgen, Debattenmeldungen auf den Regionalkonferenzen sowie Gesprächen mit Gewerkschaften, Verbänden und sozialen Bewegungen sind in die weitere Bearbeitung eingeflossen. Dafür bedanken wir uns bei allen, die sich an der Diskussion beteiligt haben.

„100 Prozent sozial“ heißt, dass der Kampf um soziale Gerechtigkeit unser Leitgedanke für den Wahlkampf ist. Wir reden nicht nur über Armut und schlechte Jobs, sondern auch über steigende Energiepreise oder die soziale Selektion durch unser Bildungssystem. „100 Prozent sozial“ – es geht ums Ganze.

„100 Prozent sozial“ sagt, dass sich die Menschen auf uns verlassen können. Wir sind unbestechlich, lassen nicht locker, rütteln auf und legen den Finger immer wieder in die Wunde der vielen kleinen und großen gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten.

„100 Prozent sozial“ bedeutet auch, dass es mit oberflächlichen Korrekturen nicht getan ist. Neben unseren konkreten und kurzfristig umsetzbaren Sofortforderungen zeigen wir immer wieder gesellschaftsverändernde Perspektiven auf. Wir treten gemeinsam mit vielen anderen für eine andere, solidarische Gesellschaft ein.

„100 Prozent sozial“ heißt nicht zuletzt, dass wir unsere Vorschläge aktiv und kreativ gegenüber Medien und im direkten Gespräch vertreten. Wir zeigen uns als aktive Partei und treten konsequent und verlässlich, im Parlament und auch außerhalb, für soziale Gerechtigkeit und Frieden ein.

In diesem Sinne laden wir Euch mit diesem Leitantrag ein, die Gedanken des Wahlprogrammwerfs bis zum Dresdner Parteitag gemeinsam zu diskutieren und zu vertiefen.

Mit solidarischen Grüßen,

  
Katja Kipping

  
Bernd Riexinger

  
Matthias Höhn

Hinweise zum Antragsverfahren Leitantrag „100 Prozent sozial“ für den Dresdner Parteitag

18. April 2013: Veröffentlichung des Leitantrags

Acht Wochen vor dem Dresdner Parteitag (14. bis 16. Juni 2013) wurde der Leitantrag vom Parteivorstand veröffentlicht. Er ist auf dem Parteitagsportal der Homepage (<http://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/3parteitag2tagung/>) verfügbar und wird den Delegierten im Antragsheft zugesandt.

30. Mai 2013: Antragsschluss für Änderungsanträge an den Wahlprogrammmentwurf

Bis zum 30. Mai können Änderungsanträge zum Wahlprogrammmentwurf gestellt werden. Diese sind schriftlich und mit konkreter Textstelle zu richten an

DIE LINKE – Bundesgeschäftsstelle  
Antragskommission des Parteitages  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
oder per Telefax: (030) 24 009 624  
oder per Mail an [antragskommission@die-linke.de](mailto:antragskommission@die-linke.de)

Antragsberechtigung und Delegiertenunterschriften

Entsprechend der bereits beschlossenen Geschäftsordnung des Parteitages gilt: Änderungsanträge zu Leitanträgen, Anträgen von grundsätzlicher Bedeutung und ordentlichen Anträgen sind schriftlich bis spätestens zwei Wochen vor Beginn des Parteitages (also bis zum 30. Mai) an die Antragskommission einzureichen.

Änderungsanträge, die von Landesverbänden, Kreisverbänden, Ortsverbänden gemäß § 13 Abs. 8 der Bundessatzung, dem Frauenplenum des Bundesparteitages, bundesweiten Zusammenschlüssen, von der linksjugend [ ' solid], vom Studierendenverband DIE LINKE.SDS, von Organen der Partei oder Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden oder für die zum Zeitpunkt der Antragstellung die Unterschriften von mindestens 25 Delegierten vorliegen, sind vom Parteitag zu behandeln. Von Gremien oder mindestens 25 Delegierten beschlossene Änderungsanträge werden also bevorzugt behandelt.

Bei Änderungsanträgen, die nicht Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung betreffen, können die 25 Delegiertenunterschriften bis zum Beginn des Parteitages bzw. bis zu dem Zeitpunkt während des Parteitages, der vom Parteitag festgelegt wird, nachgereicht werden.

Formale Hinweise zu Änderungsanträgen

Die Antragskommission erwartet, dass jeder Antrag folgende Angaben enthält:

1. Handelt es sich um einen Änderungsantrag (wozu?) oder um einen eigenständigen Antrag?
2. Inhaltlich aussagekräftige Kurzbezeichnung des Antrags (nicht länger als 50 Zeichen).
3. Wer ist der Antragsteller (Parteigliederung, Zusammenschluss, ...)?
4. Wann wurde die Antragstellung durch welches Gremium beschlossen?
5. Kontaktperson für den Antrag mit E-Mail-Adresse und Telefon-Nummer.
6. Den Antragstext. Bei Änderungsanträgen exakte Angaben, in welcher Zeile welche Wörter durch welche anderen Wörter ersetzt werden sollen.
7. Eine vom Antragstext deutlich zu trennende Begründung des Antrags, die den Delegierten lediglich als Erläuterung dienen wird und über die nicht mit abgestimmt wird.
8. Anträge, bei denen wesentliche Angaben fehlen, wird die Antragskommission nicht behandeln.



## Gedenkveranstaltung an den 80. Jahrestag der Bücherverbrennung von 1933 in Halle

12. Mai 2013

Beginn: 15:00

Ende: 21:30

Veranstalter: Bündnis für Zivilcourage

Ort: Halle, Universitätsplatz und Löwengebäude

„Das war ein Vorspiel nur, dort wo man Bücher Verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen.“  
Heinrich Heine

Mit einer Gedenkveranstaltung erinnern die „Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg“ und „Halle gegen Rechts - Bündnis für Zivilcourage“ an den 80. Jahrestag der Bücherverbrennung von 1933 in Halle (Saale). Am Sonntag dem 12. Mai 2013 wird es auf dem Gelände der Martin-Luther Universität ein umfangreiches Programm geben, das sich der Verantwortung aus den Geschehnissen vor 80 Jahren stellt. Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) herzlich dazu ein, sich ab 15.00 Uhr an den Offenen Lesungen auf und um den Universitätsplatz zu beteiligen. Die Veranstaltung Wider „wider den undeutschen Geist!“ stellt Werke und AutorInnen des Halleschen GeneralIndex vor, die 1933 öffentlich verbrannt wurden. Das „Lesefestival - AutorInnen die zu lesen sich lohnen“ gibt die Möglichkeit, eigene Bücher vorzustellen. Damit soll 80 Jahre nach der Bücherverbrennung eine Liste entstehen, die mehr als 140 AutorInnen umfasst, die zu lesen sich lohnen. Hörbücher, E-books und/oder Bücher sind erwünscht. Die Lesungen finden parallel in Seminar- und Hörsälen sowie auf dem Universitätsplatz statt. Damit wir eine Übersicht zu den gelesenen Werken und Autoren für die Besucher der Veranstaltungen zusammenstellen können, bitten wir alle Interessierten um eine Voranmeldung bis Dienstag, den 7. Mai unter [kontakt@halle-gegen-rechts.de](mailto:kontakt@halle-gegen-rechts.de).

Eine „Offene Bibliothek“ wird auf dem Universitätsplatz an jener Stelle aufgebaut, an der vor 80 Jahren die Bücherverbrennung stattfand. Die Werke der verfeimten Autoren von einst werden so wieder den Leserinnen und Lesern von heute zurückgegeben. Die Freunde der Stadtbibliothek bieten einen Bücherverkauf über den Tag an.

### Veranstaltungsüberblick

Auf dem **Uni Platz**/ bzw. in Seminarräumen, Hörsälen 15.00 Uhr Offene Lesungen



\* Wider „wider den undeutschen Geist!“ Lesungen geächteter AutorInnen aus dem „Vorläufigen Halleschen Generalindex jüdischer, marxistischer, pazifistischer und anderer volkszersetzender Schriften“ von 1933. „Lesefestival - AutorInnen die zu lesen sich lohnen“

Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle erhalten die Möglichkeit, sich an der Veranstaltung zu beteiligen und eigene Bücher vorzustellen.

\* „Öffentliche Bibliothek“ - Büchertausch und Bücherverkauf

### Löwengebäude

\* 15.00 Uhr Ausstellung zur Geschichte der Bücherverbrennung in Halle (Saale).

\* 17.00 Uhr Eröffnung der Gedenkveranstaltung

\* 18.30 Uhr Szenische Lesung

\* 20.30 Uhr Bilder und Filmdokumente an der Fassade des Löwengebäudes

**DIE LINKE.**  
Fraktion im  
Landtag von Sachsen-Anhalt



„kommunalpolitisches forum“  
Sachsen-Anhalt e.V.



Forum anlässlich  
des Internationalen  
TAGES GEGEN  
HOMOPHOBIE



Dr. Rosemarie Hein (MdB) · Klaus Lederer (MdA)  
Eva von Angern (MdL) · Gerald Grünert (MdL)

Anmeldung per Mail: [kf-isa@t-online.de](mailto:kf-isa@t-online.de)  
weitere Infos: [www.dielinke-fraktion-isa.de](http://www.dielinke-fraktion-isa.de) | [www.kf-isa.de](http://www.kf-isa.de)

13. Mai 2013 · 16:30 - 19:00 Uhr im Roncalli-Haus  
Max-Josef-Metzger-Str. 12/13 · 39104 Magdeburg

# Der Druck muss raus! Gute Arbeit, gute Pflege, gute Versorgung im Krankenhaus

Krankenhäuser stehen unter Druck, die medizinische Versorgung wird rationiert, die Beschäftigten sind von Burn-Out gefährdet: Die Pflegekräfte müssen immer mehr Patientinnen und Patienten in kürzerer Zeit für weniger Geld versorgen. Insgesamt fehlen in den Krankenhäusern 162.000 Stellen, davon 70.000 Pflegekräfte (ver.di Pflegecheck). Es passieren mehr Unfälle, Hygienebestimmungen werden unter Zeitdruck nur unzureichend befolgt. Dass es nicht mehr dramatische Zwischenfälle gibt, liegt allein am Einsatz der Beschäftigten.

Private Krankenhauskonzerne übernehmen gezielt die Kliniken, mit denen Gewinn zu machen ist. Unrentable Bereiche werden geschlossen. Öffentliche Krankenhäuser müssen halten, was für die Versorgung wichtig ist – auch unrentable Bereiche. Dadurch rutschen sie häufiger in die roten Zahlen als die private Konkurrenz. Die Krankenkassen zahlen pauschale Preise für die verschiedenen Operationen. Das System der Fallpauschalen (DRGs) setzt die falschen Anreize: Es belohnt, möglichst viele Fälle mit möglichst wenig Personal in möglichst kurzer Zeit zu behandeln. Die Qualität der Pflege spielt keine Rolle. Kosten werden zu Lasten der Patientinnen und Patienten und der Beschäftigten gesenkt.

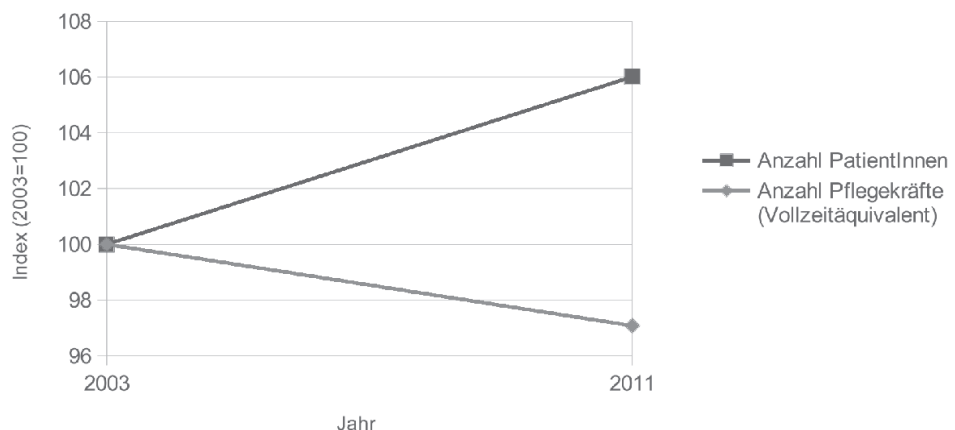
Es regt sich Widerstand. Ver.di startet eine Kampagne »Der Druck muss raus«. Die ver.di-Tarifkommission an der Charité in Berlin verhandelt derzeit über einen neuen Tarifvertrag: nicht nur um höhere Löhne, sondern auch um eine

angemessene Personalausstattung. Für jede Station soll festgestellt werden, wie viel Pflegekräfte benötigt werden. Der Arbeitgeber soll sich verpflichten, dieses Minimum einzuhalten.

DIE LINKE kämpft mit den Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen, weniger Stress und bessere Bezahlung. Wir wollen bundesweit eine Mindestpersonalbemessung umsetzen. Krankenhäuser müssen bedarfsgerecht finanziert werden, sie sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge – kein Ort, um Gewinne zu maximieren. Sie gehören in die öffentliche Hand.

Die Finanzierung einer guten Gesundheitsversorgung ist machbar und realistisch: Wir wollen eine solidarische Gesundheitsversicherung – eine Kasse für alle – einführen. Alle zahlen mit allen Einkommen ein. Die Beiträge sinken und die Ausstattung der Krankenhäuser lässt sich damit deutlich verbessern. Und wir streiten dafür, dass Berufe im Gesundheits- und Pflegebereich gesellschaftlich besser anerkannt werden – mit höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen!

Anzahl Pflegekräfte / Patientinnen und Patienten



Auf den Punkt gebracht.  
17. April 2013

V.i.S.d.P. Matthias Höhn  
bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de  
Mehr Informationen unter: [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

**DIE LINKE.**

## Aus der Stadtratssitzung vom 24.04.2013

Ein brandaktuelles Thema stand zu Beginn der Sitzung zur Debatte! Die geplanten Kürzungen der Landesregierung im Gesamtbereich Wissenschaft und jährlich 5 Mio. Euro zusätzlich bei den Hochschulen in den folgenden zehn Jahren haben auch Sorgen der Stadträte nach sich gezogen! Reduzierungen von Studienplätzen sowie Studiengänge, Abbau von Arbeitsplätzen junger WissenschaftlerInnen u.a.m. haben Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft. Es gab mehrere Dringlichkeitsanträge zum Thema. Es ist positiv zu bewerten, dass es nach einer kurzen Auszeit gelang, sich zu einigen! Mit einem einstimmigen Votum für einen Antrag unter dem Slogan „Positive Entwicklung der Hochschullandschaft auch in Zukunft sichern“ wurde ein deutliches Signal an die Landesregierung gesetzt! In der Erklärung bekennt sich die Stadt Halle (Saale) zu ihren Hochschuleinrichtungen und würdigt den Zugewinn der Studierenden und AkademikerInnen als wichtigen demokratischen Faktor für die Stadt. Deutlich wurde gegen die geplanten Finanzkürzungen protestiert und die Landesregierung aufgefordert, die angekündigten Einsparungen im Landeshaushalt zurückzunehmen. In geplante Gespräche zu Strukturveränderungen muss die Stadt einbezogen werden. Der Oberbürgermeister wurde aufgefordert, sich in die laufenden Gespräche auf Landesebene einzubringen und für den Wissenschafts- und Forschungsstandort zu streiten. Hendrik Lange sprach für unsere Fraktion in der Debatte und unterstützte das positive Signal der Stadt an die Landesverwaltung. Er warf

der Landesregierung einen völlig unkoordinierten Abbau vor! „Die Wissenschaft schafft Renommee für die Stadt“ - so Hendrik weiter. Von der Tagesordnung wurden mehrere Beschlussvorlagen und Anträge genommen, die im meisten Fall vertagt wurden, weil es noch weiteren Bedarf an Abstimmungen gibt.

Abgesetzt wurde auch ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, FDP und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum „Spiegel-Artikel“, in dem Halle als „Hochburg der Rechtsextremen“ bezeichnet wurde. Dieser Antrag war uns - und weiteren Fraktionen - zu undifferenziert, so dass ein gemeinsamer Änderungsantrag von SPD, GRÜNEN und uns eingereicht wurde.

Die Rücknahme des Antrages wurde damit begründet, dass es inzwischen eine breite gesellschaftliche Reaktion gab. Unser Änderungsantrag hatte damit auch keine Grundlage mehr!

Die Verwaltung wollte auch zwei Dringlichkeitsanträge auf die Tagesordnung bringen. Das Landesverwaltungsamt hatte den Beschluss des Stadtrates, die Ausschüttungen von HWG und GWG, die sie an die Stadt abgeben müssen, auf drei Jahre zu strecken, kritisiert. Mit dem Dringlichkeitsantrag sollte dieser „alte“ Beschluss aufgehoben werden. Es fand sich aber keine 2/3 Mehrheit. Auch unsere Fraktion stimmte nicht dafür. Nun wird sicherlich die Landesregierung selbst den Beschluss aufheben müssen!

Beschlossen wurde die neue Sportförderrichtlinie mit großer Mehrheit. Auch wir stimmten zu.

Auch ohne große Diskussion wurde die Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis und die Kleingartenkonzeption beschlossen. Heftiger wurde zum Ausbau/Umgestaltung des Verkehrsknoten Am Steintor - Gestaltungsbeschluss diskutiert. Dieser Umbau soll ca. 20 Mio. Euro kosten und mit einer Förderung vom Bund ist zu rechnen.

Interessante Planungen sind vorgesehen. So soll z.B. vor dem Steintor-Varieté ein autofreier Bereich entstehen, die Straßenbahn „neue Wege“ haben, auch Straßenführungen anders verlaufen. Insgesamt soll es um eine Verbesserung des Verkehrsknotenpunktes gehen; nicht jeder Stadtrat sah es so, auch kritische Stimmen - auch in unserer Fraktion - gab es. Letztlich wurde der Vorlage mit Mehrheit zugestimmt.

Unserem gemeinsamen Antrag mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut (Maßnahmenplan) - wurde zugestimmt.

Große Diskussionen gab es zum Antrag der FDP, CDU und SPD, die den Hansetag 2019 nach Halle holen wollen. Dafür sollen 500.000 Euro aus dem halleschen Haushalt bereitgestellt werden.

Bodo Meerheim forderte die Antragsteller auf, diesen Antrag zurückzunehmen, weil er nicht ernsthaft verfolgt werden könne!!

Auch die Stellungnahme der Verwaltung brachte zum Ausdruck, dass dafür kein Geld da sein würde!

Die Antragsteller sprachen vom

großen wirtschaftlichen Erfolg für die Stadt! Nun wird der Antrag im Finanzausschuss diskutiert und die „Ausgaben“ der anderen Städte verglichen.

Mit großer Mehrheit wurde der Antrag angenommen, die tibetische

Flagge jedes Jahr am 10. März zu hissen in Gedenken an den Volksaufstand im Tibet.

Im nicht öffentlichen Teil wurde, obwohl diese Vergabe im Finanz- und Vergabeausschuss zurückgestellt wurde, beschlossen, den

Pachtvertrag zur Vergabe der „Georg-Friedrich-Händel-Halle“ an das Konzertveranstalter Duo Ulf Herden und Matthias Winkler zu vergeben.

Ute Haupt,  
Stadträtin

## Information

Liebe Genossinnen und Genossen, an diesem Montag (22. April 2013) traf sich der Geschäftsführende Parteivorstand mit dem Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung, um sich darüber zu auszutauschen, wie die Kontakte weiter vertieft und die gemeinsame Arbeit intensiviert und systematisiert werden kann. Positiv aufgegriffen wurde der Wunsch nach regelmäßigen Treffen und einer Koordination zwischen Partei, Bundestagsfraktion, Fraktionsvorsitzendenkonferenz und Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Der Geschäftsführende Parteivorstand verständigte sich danach zu aktuellen politischen Themen. Innenminister Hans-Peter Friedrich fordert mit Verweis auf das Bombenattentat in Boston eine Verschärfung und Ausweitung der Videoüberwachung in Deutschland. DIE LINKE verurteilt den Anschlag auf eine friedliche Sportveranstaltung auf das Schärfste. Aber eine flächendeckende Videoüberwachung ist nachweislich kein geeignetes Mittel, Anschläge zu verhindern, sondern ein eklatanter Eingriff in die bürgerlichen Grundrechte.

Am 13. April hat der Aktionstag „Umfairteilen“ stattgefunden. In hundert deutschen Städten war der Ruf „Reichtum besteuern!“ unüberhörbar. Auch wenn die Zahl

der Teilnehmerinnen und Teilnehmer geringer war als beim Aktionstag im September 2012, ist die Breite der Bewegung in so vielen Städten ein sehr positives Zeichen. Die größte Veranstaltung hat in Bochum mit etwa 2000 Menschen stattgefunden.

DIE LINKE war insgesamt gut und sichtbar aufgestellt.

Vom 24. bis 25. April findet im Internationalen Congress Center Dresden der Sparkassentag 2013 statt.

Er ist die größte Einzelveranstaltung der deutschen Sparkassen mit über 2500 Gästen. Leider hat DIE LINKE - im Gegensatz zu Angela Merkel, Peer Steinbrück, Claudia Roth und Hans-Dietrich Genscher - im Programm des Sparkassentags keine Gelegenheit bekommen, ihre Haltung zu den Sparkassen zu artikulieren. Sie wird den Sparkassentag dennoch aktiv und sichtbar begleiten und formuliert ihre Ideen und Wünsche auf einer eigens zum Anlass eingerichteten Internetseite: [\[linke.de/politik/themen/sparkassen/\]\(http://linke.de/politik/themen/sparkassen/\).](http://www.die-</a></p></div><div data-bbox=)

Mit der Aufstellung der Landeslisten sind nun auch die Bundestagskandidatinnen und -kandidaten in Bayern und in Niedersachsen gewählt. Der Geschäftsführende Parteivorstand gratuliert den gewählten Kandidatinnen und Kandidaten.

Am vergangenen Freitag hat die Internationale Kommission des Parteivorstands getagt und unter anderem über die Entwicklung eines Programms für die Europäische Linke diskutiert.

Am 7./8. Juni wird es in Athen einen „Alter Summit“, einen Gegen Gipfel, geben. Es geht um den gemeinsamen Widerstand der sozialen Bewegungen gegen die europäische Kürzungspolitik. Für DIE LINKE wird Heinz Bierbaum an den Protesten in Athen teilnehmen.

Mit solidarischen Grüßen  
Matthias Höhn

### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Blumenstraße 16  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90  
eMail:  
[linkesblatt@dielinke-halle.de](mailto:linkesblatt@dielinke-halle.de)  
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g  
Auflage: 600 Exemplare

#### Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:  
25.04.2013  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 09.05.2013



# Fest 1.+2.6. der Linken ROSA-LUXEMBURG-PLATZ BERLIN-MITTE

GROSSES KINDERTAGSFEST.  
ND-PRESSEFEST.  
POLIT-TALK.  
INTERNATIONALE GÄSTE.  
PROMINENTE.  
KONZERTE.  
LITERATURWERKSTATT.  
GLOBAL VILLAGE.

EINTRITT FREI

[WWW.FEST-DER-LINKEN.DE](http://WWW.FEST-DER-LINKEN.DE)

## Das Wochenende

für alte und neue Mitglieder, Allwissende und  
Neugierige, für Klein- und Großfamilien...

Aktuelle Infos  
zum Programm  
ab März 2013 unter  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

21. Pfingsten mit DIE LINKE. vom 17. Mai bis 20. Mai 2013 in der Europäischen  
Jugenderholungs- und Begegnungsstätte Werbellinsee in Altenhof

- jeden Abend Tanz in der Sporthalle bis in die Morgenstunden
- Samstag und Sonntag großes Kinderprogramm am Strand mit Neptunfest
- Fußball und Volleyballwettkämpfe am Samstag
- politische Talkrunden im Zelt am Strand zu aktuellen Themen, gemischt mit Musik und Tanz
- Europatag mit Europa-Abgeordneten und internationalen Gästen
- natürlich wieder im Angebot: Dampfer-Abendfahrt mit Musikprogramm, Skatturnier, Kulturbühne ...
- ND-live

**Versorgung:** - Halbpension

- für »Zwischendurch« stehen mehrere Grill- und Getränkestände für die Gäste bereit

## Termine Termine Termine

Der Stadtverband DIE LINKE Halle beteiligt sich an der Veranstaltung des DGB zum **1. Mai 2013** auf dem halleschen Marktplatz.

ab 9:30 Uhr Musikalisches Vorprogramm

ab 10:00 Uhr Begrüßung - Grußworte - Mairede

\* Anita Reinicke (DGB Region Halle-Dessau)

\* Dr. Bernd Wiegand (Oberbürgermeister Halle)

\* Dr. Judith Kerschbaumer (Leiterin Sozialpolitik - VER.DI Bundesverwaltung)

ab 10:30 Rahmenprogramm und Informationsstände

### Gedenkveranstaltung zum Tag der Befreiung

**8. Mai 2013**

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:00 Uhr

Ort: Halle, Südfriedhof

### Stammtisch „Meinungsfrei“ der LINKEN

**8. Mai 2013**

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 22:30 Uhr

Ort: Pantarhei, Dachritzstraße 2, Halle (Saale)

Am Mittwoch, dem 08.05.2013 findet der öffentliche Stammtisch „Meinungsfrei“ unserer Bundestags- und Landtagsabgeordneten statt. Ab 19 Uhr sind Interessierte herzlich eingeladen zu diskutieren über Aktuelles, Unterhaltsames und Aufreger.

**Achtung: Am 1. Mai ist keine Basisberatung -  
Wir sehen uns auf dem Marktplatz.**



**Wir gratulieren allen Genossinnen und  
Genossen, die im Monat Mai  
Geburtstag haben.**



**Achtung! Achtung! Achtung! Achtung! Achtung!**

**Erscheinungstermine des Linken Blattes:**

Redaktionsschluss:      Erscheint am:

09.05.2013                      14.05.2013

06.06.2013                      11.06.2013

20.06.2013                      25.06.2013

Im Mai erscheint nur ein "Linkes Blatt", da die Genossinnen und Genossen der Redaktion durch Urlaub und/oder arbeitsbedingt verhindert sind.  
Die Redaktion

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Veranstaltungen im Juni 2013

Europäische Grundwerte in der Diskussion.  
Vom Wert der Gemeinschaft - die Solidarität  
Seminar mit Wolfram Tschiche

Zeit: 01.06.2013 10:00 - 13:00 Uhr

Ort: Gaststätte „Goldene Rose“, Rannische Str.  
19, 06108 Halle

Organspende zwischen Selbstbestimmung und  
Skandal

Vortrag und Diskussion mit

Dr. Viola Schubert-Lehnhardt

Zeit: 03.06.2013 14:30 Uhr

Ort: Bürgerhaus alternativE, 06130 Halle,  
Gustav-Bachmann-Straße 33  
gemeinsame Veranstaltung mit HvD

Der Sprit ist alle? - Quatsch, die treiben doch alle  
nur die Preise hoch!

Dr. Wolfgang Weiss

Termin: 04.06.2013 18:00 Uhr

Ort: Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6,  
06122 Halle

Frauengesundheit in der Diskussion:

Achtsamkeit im Alltag lernen

Seminar mit Dr. Regina Gleichmann

Zeit: 07.06.2013 17:00 Uhr

Ort: Kulturvilla, Geußnitzer Str. 10, 06712 Zeitz

Kapitalismus und dann?

Systemwandel und Perspektiven gesellschaftlicher  
Transformation

Vortrag und Diskussion mit Bernd Winkelmann

Zeit: 07.06.2013 18:30 Uhr

Ort: „Goldene Rose“ Rannische Str. 19, 06108  
Halle

Scharia im Wandel. Frauenrechte in Jordanien

Vortrag und Diskussion mit Grit Weiss

Zeit: 25.06.2013 19:00 Uhr

Ort: Frauenzentrum Weibervirtschaft,  
Karl-Liebkecht-Str. 34, 06108 Halle  
zusammen mit Frauenzentrum Weibervirtschaft